

AK Weltwirtschaft & WTO Attac <Ort>

Herrn/Frau
<Name>, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin



<Ort>, <Tag>. Januar 2003

Sehr geehrte Herr/Frau Abgeordnete(r) <Name>,

wir möchten hiermit unsere große Besorgnis über die laufenden Verhandlungen zum **Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)** in der WTO zum Ausdruck bringen.

Als besonders problematisch betrachten wir die darin angestrebte Öffnung der Märkte auch für öffentliche Dienstleistungen, die der Grundversorgung der Menschen dienen, wie z. B. das Bildungs- und Hochschulwesen, das Gesundheitswesen und die Wasserversorgung.

In den Verhandlungen wird die Bundesrepublik durch die Europäische Kommission vertreten. Trotz oben genannter Bedenken hat die EU von 109 WTO-Mitgliedsstaaten die vollständige Liberalisierung des Wassersektors gefordert. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass die Privatisierung lebensnotwendiger Dienstleistungen wie Wasser zu Qualitätseinbußen und Preiserhöhung geführt hat. In vielen Entwicklungsländern hatte dies schon fatale Auswirkungen. Hinzu kommt, dass einmal eingegangene Liberalisierungen im Rahmen des GATS praktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die Enquete-Kommission ‚Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten‘ des 14. Deutschen Bundestages teilt in Ihrem Abschlussbericht (Drs 14/9200; s. <http://www.bundestag.de/gremien/welt/index.html>) weitgehend unsere Besorgnis.

Sie stellt explizit fest, dass das GATS in die Innenpolitik der Staaten eingreift und oft zentrale Bereiche staatlicher Regelungshoheit berührt. Auch ist es ungeklärt, ob Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge von der GATS-Liberalisierung ausgenommen werden können (Drs 14/9200, S. 148).

In ihren Empfehlungen (Drs 14/9200, S. 155f) hat die Enquete-Kommission daher weitreichende Vorbehalte gegenüber den laufenden Verhandlungen zum GATS geltend gemacht. So mahnt sie eine Überprüfung und öffentliche Diskussion der möglichen Folgen vor der Übernahme weiterer Liberalisierungsverpflichtungen an (Empfehlung 3-12). Eine Evaluierung bisheriger Liberalisierungen, wie im GATS-Abkommen vorgesehen, erfolgte unrechtmäßigerweise bisher nicht.

Außerdem empfiehlt die Kommission unmissverständlich, die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie z. B. öffentliche Bildungs- und Kulturdienstleistungen) aus den Verhandlungen des GATS herauszunehmen (Empfehlung 3-13).

Weiterhin fordert die Kommission, „alle Verhandlungsvorschläge, seien es Marktöffnungsforderungen der EU gegenüber Drittstaaten oder umgekehrt Forderungen von Drittstaaten gegenüber der EU oder auch entsprechende Marktöffnungsangebote“ frühzeitig bekannt zu machen und Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Verbände in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Empfehlung 3-17). Diesbezüglich empfiehlt die Kommission auch eine Beteiligung der zuständigen Fachausschüsse der nationalen Parlamente.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission haben sich jedoch in keiner Weise auf die deutsche Verhandlungsposition ausgewirkt.

Bis Ende März 2003 sind die Mitgliedstaaten der WTO aufgefordert, Angebote zu unterbreiten, welche Dienstleistungsbereiche sie im Rahmen des GATS zu öffnen bereit sind. Auf Grundlage dieser Dokumente werden anschließend konkrete Liberalisierungsverhandlungen geführt, die bis Januar 2005 abgeschlossen sein sollen. Angesichts der möglichen Auswirkungen fortschreitender Marktöffnung und der Nichtbeachtung der Empfehlungen der Enquete-Kommission sehen wir dringendsten Handlungsbedarf!

Attac setzt sich für einen Stopp der GATS-Verhandlungen ein, denn in Bezug auf die sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen des Abkommens liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Es muss sichergestellt werden, dass die Bestimmungen des GATS den Regierungen und Gebietskörperschaften nicht die Möglichkeit nehmen, ihre Bürger mit den notwendigen Dienstleistungen (Zugang zu Gesundheit, Wasser, Bildung, Energie und Verkehr) zu versorgen und darüber demokratisch zu entscheiden.

Mit der Vorlage der Marktöffnungsangebote der EU im März 2003 drohen richtungsweisende Fakten für den Fortgang der GATS-Verhandlungen geschaffen zu werden, ohne dass den Bedenken und Empfehlungen der Enquete-Kommission Rechnung getragen wurde. Auch wurde Ihnen als gewählte/r Abgeordnete/r bisher nicht die Möglichkeit gegeben, im Sinne Ihres Wählerauftrages auf die Positionen der Bundesregierung in den EU-Verhandlungen Einfluss zu nehmen.

Deshalb fordern wir Sie dringend auf, sich für eine rechtzeitige **Veröffentlichung aller relevanten GATS-Dokumente** einzusetzen. In diesem Zusammenhang würden wir uns besonders über detaillierte Informationen aus Ihrer Hand über die bis Ende März vorzulegenden **Liberalisierungsangebote der Bundesregierung** freuen.

Des Weiteren fordern wir Sie dringend auf, Ihre parlamentarischen Informations- und Fragerechte in diesem Sinne verantwortlich wahr zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass vor Fertigstellung der Angebote der EU eine **öffentliche Anhörung** im Sinne der Empfehlungen der Enquete-Kommission durchgeführt wird. Ferner bedarf es einer **Debatte sowie einer Beschlussfassung des Bundestags** über die Position in den GATS-Verhandlungen.

Wir möchten Sie bitten, uns Ihre Haltung zum Fortgang der GATS-Verhandlungen und Ihre Sicht der von uns angesprochenen Probleme mitzuteilen. Weiterhin würden wir uns über eine Einladung zum persönlichen Gespräch zu diesen Fragen sehr freuen und sehen Ihrer Antwort mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

(i.A. <Name>, ATTAC <Ort>)